

E 010400
17. Juni 2015

LANDESHAUPTSTADT



Herrn Oberbürgermeister
Sven Gerich

Der Magistrat

über
Magistrat

Dezernat für
Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

und

Stadträtin Sigrid Möricke

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Wolfgang Nickel

Herrn Stephan Belz
Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und
Wirtschaft

11. Juni 2015

**Vorlagen-Nr. 15-F-33-0022 - Auswirkungen des Mindestlohns
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 18. März 2015,
Beschluss Nr. 0067**

Die Große Koalition hat zum 1. Januar 2015 einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt. Über die Auswirkungen wird bundesweit diskutiert. Als Folge davon wurden die Bestimmungen mittlerweile mehrfach angepasst.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

- a) wie sich die Einführung des Mindestlohns auf die Finanzierung und Personalausstattung von Projekten und Programmen der Landeshauptstadt Wiesbaden auswirkt. Es wird um eine schriftliche Aufstellung der einzelnen Projekte inklusive betroffenem Amt sowie Art und Höhe der personellen und/oder finanziellen Auswirkungen gebeten.
- b) welche Hilfestellungen es für Vereine und Verbände in Sport, Kultur und Sozialem von wem gegeben werden können (z.B. seitens des Landessportbundes).

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Ämter meines Dezernates sowie die zugeordneten Gesellschaft ESWE Verkehr, SEG und Wibau melde ich zu a) und b) Fehlanzeige.

Mit freundlichen Grüßen